

Presseinformation

Brenner Basistunnel Gesellschaft erreicht mit Binder Grösswang wichtigen Erfolg vor dem Verfassungsgerichtshof

(Wien, am 7.7.2011) Im Herbst 2010 sorgte der Verwaltungsgerichtshof (VwGH) mit zwei Entscheidungen zu Genehmigungsverfahren bei größeren Straßen- und Eisenbahninfrastrukturprojekten für großes Aufsehen. Demnach genüge der im UVP-Gesetz vorgegebene Rechtszug von der Behörde erster Instanz direkt zum VwGH nicht den europarechtlichen Anforderungen an einen effektiven Rechtsschutz. Der VwGH sei nämlich keine Rechtsmittelinstanz mit ausreichender Überprüfungsmöglichkeit von Rechts- und Sachverhaltsfragen. Eine solche Überprüfung könne nur der Umweltsenat gewährleisten, der ja ohnehin auch in der Mehrzahl der UVP-pflichtigen Vorhaben, wenn auch nicht für die hier relevanten Projekte, zuständig sei. Folglich erklärte sich der VwGH für unzuständig und ebnete dem damaligen Beschwerdeführer (Transitforum Austria-Tirol) den Weg zur Nachholung einer Berufung an den Umweltsenat. Die Bundesministerin für Verkehr, Infrastruktur und Transport (BMVIT) bewilligte vor diesem Hintergrund die dafür notwendige Wiedereinsetzung in den vorigen Stand.

Diese Rechtsansicht bekämpfte der Genehmigungswerber (Galleria di Base del Brennero – Brenner Basistunnel BBT SE) beim Verfassungsgerichtshof (VfGH) und bekam – wie heute bekannt wurde – Recht. Der VfGH teilte die zahlreichen verfassungsrechtlichen Bedenken des Genehmigungswerbers und hielt fest, dass der VwGH sehr wohl ausreichenden effektiven Rechtsschutz bieten könne. Ein Einschleusen einer gesetzlich nicht vorgesehenen Rechtsmittelinstanz (Umweltsenat) vor dem VwGH sei daher nicht erforderlich.

Die Errichter von größeren Straßen- und Eisenbahninfrastrukturprojekten können mit dieser Entscheidung des VfGH wieder auf den durch das UVP-G normierten Instanzenzug vertrauen. Gegner derartiger Projekte können ihre Einwendungen

gegen erstinstanzliche Genehmigungsbescheide wieder direkt an den VwGH herantragen.

Vertreter Galleria di Base del Brennero – Brenner Basistunnel BBT SE:

Binder Grösswang Rechtsanwälte GmbH (Wien – Innsbruck): RA Dr. Johannes Barbist (öffentliches Wirtschaftsrecht/Umweltrecht).



Binder Grösswang Partner Johannes Barbist

Rückfragen:

Dr. Esther Lajta-Fichtinger
Corporate Communications
T +43 (1) 534 80-256
M +43 (664) 822 4003
lajta-fichtinger@bindergroesswang.at